

T-1-004: Tagesordnung

Antragsteller*innen Bundesvorstand (dort beschlossen am:
09.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 3 bis 11:

TOP 1 Formalia

TOP 2 Präferenzwahl

TOP 3 Solidarität statt Krisen!

TOP ~~3~~4 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands

TOP ~~4~~5 Wahl des Bundesvorstands

TOP ~~5~~6 antirassistische Strategien

~~TOP 6~~ Satzungsänderungen

TOP 7 ~~Arbeitsprogramm~~Satzungsänderungen

TOP 8 ~~Finanzen~~Arbeitsprogramm

TOP 9 ~~Präferenzwahl~~Finanzen

Begründung

Da der Verfahrensvorschlag eine schriftliche Schlussabstimmung vorsieht, wird der TOP Präferenzwahl nach vorne gezogen, damit beide Wahlgänge (Schlussabstimmung und Präferenzwahl) zeitlich getrennt voneinander ablaufen können. So weiß die Versammlung immer genau, welcher Wahlgang ansteht, die Stimmabgabe muss nicht in zwei parallel liegenden Wahlgängen erfolgen.

Da die Präferenzwahl ganz am Anfang erfolgen soll, ist es wichtig, dass sich alle Teilnehmer*innen des Bundeskongresses schon im Vorfeld zur Versammlung in die Bewerbungen einlesen, um eine Wahlentscheidung treffen zu können.

K-3-015: Solidarität statt Krisen!

Antragsteller*innen Luis Hotten

Antragstext**Von Zeile 14 bis 16 einfügen:**

Unterstützung und das Ende der Finanzierung des russischen Angriffskrieges durch die Hintertür ein. Dieser Krieg verursacht schreckliches Leid und muss ein schnellstmögliches Ende finden, ein Diktatfrieden auf dem Rücken der Ukrainer*innen ist aber keine Option. Russland ist als Aggressor der alleinige Auslöser für den Krieg und die einzige Kriegspartei, die diesen Krieg beenden kann. Die Ukraine darf nicht bevormundet werden, wie der Krieg zu beenden ist und wann er für sie beendet ist. Verhandlungen sollten also nur im Sinne der Ukrainer*innen stattfinden. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Dabei sind Forderungen nach der Öffnung von Nordstream 2 oder der Laufzeitverlängerung der

Begründung

In einigen europäischen Ländern werden in Aussicht eines kalten Winters, in dem gerade von Armut bedrohte und in Armut lebende Menschen von ihren Regierungen allein gelassen werden, die Stimmen lauter, die einen erzwungenen Frieden mit Russland fordern. **All diese Forderungen verkennen vollständig, dass Russland kein Interesse an einem Frieden hat, der der Ukraine ihre bestehenden Grenzen sichert.** Ein erzwungener Frieden würde weder das Leid der dort lebenden Menschen beenden, wie sich in Mariupol, Bucha, Irpin, Borodjanka und anderen Orten, die sich unter russischer Kontrolle befanden, gezeigt hat, noch könnte er von Dauer sein, da er den russischen Angriffskrieg belohnen würde. **Ein autoritäres Regime hätte dann effektiv mit Krieg eine Demokratie angegriffen und besiegt. Das dürfen wir nicht zulassen.**

Die europäischen Regierungen sind nicht in der Lage, Frieden mit Russland herzustellen. **Sie sind erst Recht nicht in der Position, dies von der Ukraine zu fordern und damit von ihr zu fordern, die Menschenrechte ihrer Bevölkerung zu gefährden.** Russland hat in letzter Zeit klar gemacht, dass selbst eine Distanzierung der Ukraine zur NATO nicht als Zugeständnis reicht. Russland erwartet territoriale

Zugeständnisse und erhebt Anspruch nicht nur auf die Ukraine, sondern auf alles, was sie als „ruskij mir“, als Teil der „russischen Welt“ betrachten. **Diese Zugeständnisse von der Ukraine zu fordern, untergräbt nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, sondern belohnt den aggressiven Angriffskrieg Russlands.**

K-3-094: Solidarität statt Krisen!

Antragsteller*innen Luis Hotten

Antragstext

Von Zeile 93 bis 95 einfügen:

diese Krise darf nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden. Diese Krise muss sozial bewältigt werden. Die Taktik des russischen Regimes, europäische Gesellschaften dadurch zu spalten, dass die steigenden Preise gegen die Unterstützung der Ukrainer*innen ausgespielt werden, darf nicht aufgehen. Um unsere Solidarität mit der Ukraine aufrechtzuerhalten, müssen die Belastungen durch Krieg und Energiekrise

Begründung

Die Taktik Russlands, Europas Gesellschaften durch die Gas- und Energiekrise zu spalten, ist offensichtlich. **Wir als GRÜNE JUGEND lassen uns dazu nicht verleiten. Steigende Energiekosten und ein völkerrechtswidriger Krieg lassen sich nicht gegeneinander ausspielen.** Wir erkennen, dass das einzige Mittel gegen die Spaltung wirksame und zielgerichtete soziale Maßnahmen der Bundesregierung zur Entlastung der Bürger*innen sind.

K-3-100: Solidarität statt Krisen!

Antragsteller*innen Johannes J. A. West; Joanna Weigand;
Lukas Mielczarek

Antragstext

Nach Zeile 100 einfügen:

- Ein Mietmoratorium für die Wintermonate. Bereits bis Juli 2020 galt aufgrund der pandemischen Lage eine entsprechende Aussetzung von Zwangsräumungen. Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise, der gleichzeitig anhaltenden Inflation und eines Mangels an bezahlbarem Wohnraum kann ein solches Moratorium für viele Menschen einen unverzichtbaren, kurzfristigen Schutz vor Wohnungslosigkeit in der kalten Jahreszeit bedeuten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

K-3-121: Solidarität statt Krisen!

Antragsteller*innen FaFo Europa&Globales (dort beschlossen
am: 26.09.2022)

Antragstext

Nach Zeile 121 einfügen:

- Jetzt den Frieden sichern durch die Ausfinanzierung von Friedens- und Demokratieprojekten, durch eine deutliche Erhöhung der Mittel für globale Ernährungssicherheit und Entwicklungszusammenarbeit, sowie durch eine neue menschenrechtsbasierte Handelsordnung!

Begründung

Die aktuelle Krise in Deutschland wurzelt auch auf geopolitischen Fehlentscheidungen, allen voran der enormen Abhängigkeit von Gas als "Brückentechnologie", welches zu großen Teilen aus Russland geliefert wird. Auch für die internationale Politik müssen wir also Lehren aus der Krise ziehen. Allen voran muss eine menschenrechtsbasierte Handelsagenda vorangetrieben werden, damit Abhängigkeiten von autokratischen Regimen verringert wird und Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern gestärkt wird. Das Interesse der Partnerländer an nachhaltiger Entwicklung muss dabei endlich stärker berücksichtigt werden!

Auch die Ernährungssicherheit ist eine unmittelbare globale Herausforderung, die aus der Krise resultiert. Ansätze wie das World Food Programme der UN bestehen bereits und bedürfen umgehend einer gerechten Ausfinanzierung, anstatt der bloßen Finanzierung aus gegebenenfalls auftretenden Haushaltsresten im Bund.

S-2-007: KV-Struktur

Antragsteller*innen Ralf Retzlaff

Antragstext

Von Zeile 6 bis 9 löschen:

Absatz 2a neu fassen: “ Kreisverbände umfassen in der Regel das Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt. ~~Sie müssen in jedem Fall vollständig im Gebiet eines einzigen Bundeslandes liegen.~~ Für Gebiete, in denen kein eigener Kreisverband besteht, legt der zuständige Landesverband durch Beschluss der

Von Zeile 13 bis 15 löschen:

Mehrheit gebietliche Neuordnungen beschließen und entscheidet über Gebietsstreitigkeiten. ~~Jeder Gebietsverband der GRÜNEN JUGEND ist einem Gebietsverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugeordnet.”~~

Begründung

Es gibt zahlreiche Ortsgruppen, die mehreren Kreisverbänden zugeordnet sind, und deren Arbeit einwandfrei funktioniert. Es sollte daher den Ortsgruppen selbst überlassen sein, ob sie sich nach Kreisverbänden aufteilen, oder nicht.

Genauso gibt es Ortsgruppen, die in mehr als einem Bundesland liegen, ohne dass dies ihrer Arbeit schadet. Auch hier sollte nicht von der Bundesebene eine Regelung auf alle aufgedrückt werden, sondern die Ortsgruppen sollten selbst entscheiden, ob sie sich eine Umstrukturierung wünschen.

Wir sind als GRÜNE JUGEND der *unabhängige* Jugendverband von der Partei Bündnis 90/ Die Grünen. Wir verstehen uns als eigenständige politische Akteurin. Diese Unabhängigkeit und Eigenständigkeit bildet sich auch in unseren Strukturen ab.

S-2-016: KV-Struktur

Antragsteller*innen Landesvorstand Baden-Württemberg (dort
beschlossen am: 13.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 16 bis 20:

Absatz 3 neu fassen: “ Landes- und Kreisverbände besitzen Programm-, Satzungs-, ~~Finanz-~~ und Personalautonomie. Die Satzung eines Gebietsverbandes darf der Satzung des Bundesverbandes und übergeordneter Gebietsverbände nicht widersprechen. Sein Programm darf den Grundwerten der GRÜNEN JUGEND nicht widersprechen. Landesverbände besitzen Finanzautonomie. Die Finanzautonomie von Kreisverbänden wird in den Landessatzungen geregelt.”

Begründung

Durch das Schaffen der Länderkompetenz in der Vergabe der Finanzautonomie haben die Landesverbände die Möglichkeit, die Kreisverbände von der in Abschnitt fünf und sechs PartG geregelten Rechenschaftspflicht und den ggf. damit verbundenen Konsequenzen zu befreien.

S-2-019: KV-Struktur

Antragsteller*innen David Gorré

Antragstext

Von Zeile 18 bis 20:

Satzung des Bundesverbandes und übergeordneter Gebietsverbände nicht widersprechen. Sein Programm darf den ~~Grundwerten~~Grundsätzen der GRÜNEN JUGEND nicht widersprechen.”

Begründung

"Grundwerte" kommt in der Satzung der Grünen Jugend bisher nicht vor. Üblich und auch in der Satzung zu finden ist der Begriff "Grundsätze", der sich auf das sogenannte Selbstverständnis der Grünen Jugend bezieht (Langtitel: "jung. grün. stachlig. – Selbstverständnis und Grundsätze der GRÜNEN JUGEND") und auch in vielen Landessatzungen verwendet wird. Aus Gründen der Konsistenz halte ich es für sinnvoll einen einheitlichen Begriff zu verwenden.

S-2-023: KV-Struktur

Antragsteller*innen Landesvorstand Baden-Württemberg (dort
beschlossen am: 13.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 22 bis 24 einfügen:

Gebietsverband jede Änderung der Zusammensetzung ihres Vorstandes und jede Änderung ihrer Satzung mitzuteilen. Sie sind, sofern sie eine Kasse führen, über ihre Finanzen rechenschaftspflichtig und müssen diesen Rechenschaftsbericht dem nächsthöheren

Begründung

Siehe ersten Änderungsantrag!

S-2-024: KV-Struktur

Antragsteller*innen

Lukas Kuhnert

Antragstext

Von Zeile 23 bis 26:

Änderung ihrer Satzung mitzuteilen. Sie sind über ihre Finanzen **rechenschaftspflichtig** ~~und müssen diesen Rechenschaftsbericht dem nächsthöheren Gebietsverband und dem zugeordneten Gebietsverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitteilen.~~ ihren Mitgliedern rechenschaftspflichtig."

Begründung

erfolgt mündlich

S-2-039: KV-Struktur

Antragsteller*innen David Gorré

Antragstext**Von Zeile 38 bis 40:**

oder der Mitglieder- oder Delegiertenversammlung des zuständigen höheren Gebietsverbandes mit **absoluter**satzungsändernder Mehrheit ausgeschlossen werden. Mit der Auflösung ist über die Neuordnung der Mitglieder zu anderen Gebietsverbänden zu

Begründung

Der Ausschluss eines Gebietsverbandes aus der Grünen Jugend, also z.B. eines Landesverbandes oder eines Kreisverbandes ist eine schwerwiegende Entscheidung. Deshalb sollte die bisherige Hürde (satzungsändernde Mehrheit) beibehalten werden.

Es mag Ausschlüsse geben die Formalien sind, z.B. weil der Gebietsverband eindeutig inaktiv ist und die verbleibenden Mitglieder eine Zuordnung zu einem anderen Gebietsverband wünschen. Ein Ausschluss könnte aber auch auf inhaltlichen Differenzen basieren. Bei den Altgrünen ist ein Ausschluss auch nur bei solchen "schwerwiegenden Verstößen gegen Grundkonsens oder Satzung" möglich - und zwar mit Zweidrittelmehrheit. Auch könnte es sein, dass die "Inaktivität" eines Kreisverbandes nicht ganz eindeutig ist. Für solche Entscheidungen, zu denen es unterschiedliche Meinungen geben kann und bei denen die Mitglieder des betroffenen Gebietsverbandes evtl. selbst gegen die Auflösung sind, ist eine eindeutige Mehrheit wichtig. Das kann nur die satzungsändernde Mehrheit, also in der Regel die Zweidrittelmehrheit leisten.

Durch Annahme dieses Änderungsantrages wäre die Regelung wie aktuell in NRW (Anerkennung mit absoluter Mehrheit, Ausschluss mit 2/3-Mehrheit) und wie in Bremen, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz und natürlich auf Bundesebene für die Hürde zum Ausschluss.

S-2-040: KV-Struktur

Antragsteller*innen David Gorré

Antragstext

Von Zeile 39 bis 41 einfügen:

Gebietsverbandes mit absoluter Mehrheit ausgeschlossen werden. Mit der Auflösung ist, von der Mitglieder- oder Delegiertenversammlung welche diese beschlossen hat, über die Ausgestaltung der Neuzuordnung der Mitglieder zu anderen Gebietsverbänden zu entscheiden. Gegen die Auflösung ist Einspruch vor dem Schiedsgericht des die

Begründung

Ein solche Formulierung macht verständlicher, wer für die Neuzuordnung zuständig ist und das es sich dabei um eine Frage des "wie" und nicht des "ob" handelt.

S-3-002: Wiederwahlregeln

Antragsteller*innen Landesvorstand Hamburg (beschlossen
am: 04.08.2022)

Antragstext**Von Zeile 2 bis 5:**

„(3c) Wiederwahl in den Bundesvorstand in Folge ist ~~fünfmal~~viermal, in das gleiche Amt nur ~~drzweimal~~ möglich. Die Mitgliedschaft einer Person im Bundesvorstand darf ~~sechsfünf~~ Amtszeiten nicht überschreiten. Halbjährige Amtszeiten werden auf die Amtszeitbeschränkung und die Wiederwahlregelung nicht angerechnet.“

Begründung

Wir alle sind in der Grünen Jugend aktiv, damit wir echte politische Änderungen bewirken. Um das erreichen zu können, brauchen wir Strukturen im Verband, die handlungsfähig sind und dadurch die verbandliche Arbeit strategisch planen und organisieren. Diese Rolle übernehmen unter anderem Vorstände. Vorstandsarbeit geht mit neuen Aufgaben, Teamkonstellationen und Themen einher. Deshalb dauert es selbst bei sehr guten Übergaben in der Regel mindestens mehrere Monate bis sich Vorstandsmitglieder in ihr Amt eingearbeitet haben und nicht nur operativ die formellen Pflichten ihres Amtes ausüben, sondern auch weitergehende Analysen, Strategien und Projekte einbringen können.

Wir als Grüne Jugend wissen, dass wir die Krisen unserer Zeit nicht in wenigen Monaten überwinden werden. Deshalb entwickeln wir langfristige Strategien und arbeiten an Projekten, die länger als zwei Jahre dauern – beispielsweise Strategien zur antirassistischen Verbandsöffnung oder die Weiterentwicklung unserer Bildungsveranstaltungen als wachsender Verband. All diese Projekte werden maßgeblich von Mitgliedern des Bundesvorstands entworfen und ausgeführt. Die Tatsache, dass Bundesvorstandsmitglieder bisher nur maximal zwei Jahre im gleichen Amt sein dürfen, führt dazu, dass sie Projekte oft nicht zuende führen können und Projektabläufe dadurch verlangsamt oder unterbrochen werden. Dies trifft insbesondere Menschen im besitzenden Vorstand, da sie sich spätestens nach zwei Jahren entscheiden müssen, ob sie eine Aufgabe im geschäftsführenden

Bundesvorstand übernehmen wollen oder ihre Zeit im Bundesvorstand auch bei unvollendeten Projekten enden muss.

Als Grüne Jugend nehmen wir auf unterschiedliche Art Einfluss auf politische Entscheidungen. Ein wichtiger Bestandteil dabei ist Öffentlichkeitsarbeit.

Insbesondere die Zusammenarbeit mit Pressevertreter*innen, aber auch Bündnisse und viele andere Kontakte müssen oft über eine längere Zeit aufgebaut werden.

Durch die mit zwei Jahren vergleichsweise sehr kurze Amtszeit, die unsere Bundessprecher*innen maximal haben können, büßen wir so beispielsweise in öffentlichen Debatten Schlagkraft ein.

Aus den genannten Gründen sehen wir die Notwendigkeit, eine häufigere Wiederwahl für Bundesvorstandsmitglieder zu ermöglichen. Wir sind der Meinung, dass wir als Verband schlagkräftiger werden, wenn wir uns die Möglichkeit geben, dass Menschen länger im Bundesvorstand arbeiten können und vor allem dadurch auch besser eingearbeitet sind.

Allerdings sind wir der Meinung, dass es dafür nicht direkt eine Erweiterung der Wiederwahl um zwei Jahre braucht. Wechselnde Vorstandsmitglieder können auch eine Bereicherung für den Verband sein, denn wir profitieren von wechselnden Perspektiven in Vorständen. Wir finden daher, dass auch eine zweifache Wiederwahl im gleichen Amt und eine vierfache Wiederwahl im Bundesvorstand insgesamt ausreichend sind, um als Verband schlagkräftiger zu werden.

S-3-002-2: Wiederwahlregeln

Antragsteller*innen Tjado Stemmermann

Antragstext

Von Zeile 2 bis 5:

„(3c) Wiederwahl in den Bundesvorstand in Folge ist ~~fünfmal~~dreimal, in das gleiche Amt nur ~~dreimal~~einmal möglich. Davon abweichend ist eine dreimalige Wiederwahl für das Amt der Beisitzer*innen möglich. Die Mitgliedschaft einer Person im Bundesvorstand darf ~~sechs~~vier Amtszeiten nicht überschreiten. Halbjährige Amtszeiten werden auf die Amtszeitbeschränkung und die Wiederwahlregelung nicht angerechnet.“

Begründung

Nach einer Wiederwahl müssen sich Beisitzer*innen entscheiden: Entweder sie streben ein "höheres" Amt an oder sie müssen den BuVo verlassen. Mit dem ÄA würde das Problem gelöst werden.

P-1-005: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen FaFo Europa und Globales (dort
beschlossen am: 13.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 4 bis 6:

Koalitionsvertrag positionieren und uns in die neue Rolle als Regierungsjugend efinden.
Als im Februar dann der Krieg ~~ausbrach~~, **massiv ausgeweitet und intensiviert**
wurde, standen wir als Gesellschaft wieder vor ganz neuen Herausforderungen: Millionen
von Menschen aus der Ukraine

P-1-064: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen

Antragstext**Von Zeile 63 bis 67:**

sind, erprobt. Auf den dort gewonnenen Erkenntnissen wollen wir aufbauen und die Vermittlung inhaltlicher ,methodischer und strategischer Grundlagen weiter ausbauen; ~~um~~. So soll insbesondere Neumitgliedern die Möglichkeit zu geben/gegeben werden, sich schnell mit den zentralen Analysen vertraut zu machen und in ihrer Ortsgruppe aktiv zu werden. Als zukünftigen Ort für diese Grundlagenbildung sehen wir die Bildungsarbeit in den Landesverbänden, die wir

Von Zeile 71 bis 72 einfügen:

auszutauschen, zu vernetzen, zu diskutieren und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Insbesondere kleinere und ländliche Ortsgruppen sollen hier in den Blick genommen werden. Besonders ihnen helfen auch Methodenschulungen, Austausch und Vernetzung. In diesen Schulungen können zum Beispiel Werkzeuge zum Aufbau und Erhalt von Ortsgruppen erklärt werden. Hier insbesondere die Gewinnung von neuen Mitgliedern, die auch lange und gerne in der Grünen Jugend aktiv sind. Diese Schulungen sollen auch Basismitgliedern ohne Amt offen stehen.

Begründung

Bisher setzt unsere Bildungsarbeit sehr stark auf Vermittlung von Inhalten. Nicht nur in der Schule wünschen wir uns eine stärkere Kompetenzorientierung, also das Erlernen von Fähigkeiten, sondern auch im Verband sollten wir das verstärkt umsetzen. Gerade als Aktive in einer ländlichen, im Vergleich zur Einwohner*innen-Zahl extrem kleinen Basisgruppe, kenne ich die Probleme oft nicht zu wissen, wie etwas gemacht wird. Wie gewinne ich neue Mitglieder, wie halten wir Mitglieder, wie werden wir diverser, wie schützen wir einzelne vor Überlastung.

Neumitglieder können zudem besser eingebunden werden, wenn ihnen Seminare zu "wie geht politische Arbeit" zur Verfügung stehen. So werden sie zu Expert*innen für bestimmte Handlungsfelder. Im Social Media-Bereich gibt es ja auch schon viele solcher Schulungen. Diese Schulungen sollten auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Zum Teil gibt es ja auch schon heute vereinzelt methodische Schulungen zu verschiedenen Themen. Dies sollten wir ausbauen.

Insbesondere ländlich geprägte und kleinere Basisgruppen können von dem Austausch mit dem Landes- und Bundesverband profitieren. So können ihnen auch überregionale "Best Practice"-Beispiele an die Hand gegeben werden können. Sie fühlen sich so stärker ernst genommen und gehört. Wir müssen eine Konzentrierung von Basisgruppen in Städten verhindern und hier aktiv gegensteuern. Austausch, Vernetzung sowie Methodenschulungen können hier ein Anfang sein.

Um eine Wissens bzw. Methodenvermittlung in der Breite unseres Verbandes zu ermöglichen, müssen diese Schulungen auch Mitgliedern ohne Amt zu Verfügung stehen. Getreu dem Motto: Die Basismitglieder von heute sind die Vorstandsmitglieder von morgen. Gerade in kleinen Basisgruppen stellt jede Vorstandswahl eine Herausforderung dar, gerade auch hier eine Überlastung einzelner Aktive zu verhindern. Viele Aktive können durch Schulungen z.B. wie Vorstandsarbeit geht, aber auch in anderen Bereichen, ermutigt werden, ein Amt zu übernehmen.

P-1-077: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen FaFo Europa und Globales (Koordi Team)
(dort beschlossen am: 13.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 76 bis 78:

die dabei explizit eine internationalistische Perspektive auf zentrale Themen wie Femenismus, Wirtschafts-, Klima-, ~~Außen~~-Frieden und Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit- oder Sozialpolitik sowie auch aktuelle widerstandskämpfe für Demokratie und Freiheit aus der antikolonialistische Sicht werfen. Hierbei soll es sowohl eine thematische Vielfalt geben, als auch zielgruppenspezifische

Von Zeile 80 bis 81 einfügen:

Personen reihen sich nahtlos ein und bieten diesen Gruppen die Chance, sich gezielt diesem Themenkomplex anzunähern. Als weiters möchten wir Fachpolitische expertise im Verband fördern und daher die Fachforen als Ort für Debatten und Fachpolitischen Weiterbildung bei der Umsetzung sowie der inhaltliche Orientierung in der Bildungsoffensive mehr einbinden.

P-1-077-2: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen René Adiyaman, Lena Cornelissen

Antragstext

Von Zeile 76 bis 78:

die dabei explizit eine internationalistische Perspektive auf zentrale Themen wie Wirtschafts-, Klima-, Außen-, Sozial- ~~oder Sozialpolitik werfen~~ und Inklusionspolitikwerfen. Hierbei soll es sowohl eine thematische Vielfalt geben, als auch zielgruppenspezifische

P-1-079: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen René Adiyaman, Lena Cornelissen

Antragstext

Von Zeile 78 bis 81:

sowohl eine thematische Vielfalt geben, als auch zielgruppenspezifische Angebote: Angebote für FINTA-Personen, migrantisierte Personen ~~sowie Frauen, inter- und trans Personen~~ von Ableismus betroffene Menschen reihen sich nahtlos ein und bieten diesen Gruppen die Chance, sich gezielt diesem Themenkomplex anzunähern.

Begründung

Es war die Europawahl 2019, die vielen Menschen erst ihr Wahlrecht in Deutschland gebracht hat: Eine Normenkontrolle von Grünen, FDP und der Bundestagsfraktion Die Linke führte dazu, dass das Europawahlgesetz, das viele Menschen vom Wahlrecht wegen gesetzlicher Betreuung ausgeschlossen hat, gekippt hat. Dies war nicht der letzte Meilenstein auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Gerade bezüglich des Menschenrechts auf Inklusion, das erst vor 20 Jahren zu verankern angefangen wurde, kann ein internationalistischer Sommer diese Perspektive auf internationale Solidarität nicht ausblenden. Die Grüne Jugend hat es leider verpasst den Bundestagswahlkampf dafür zu nutzen, die Barrierefreiheitsrichtlinie der EU mit samt ihrer unzureichenden Umsetzung zum Wahlkampfthema zu machen. Es wäre gut und wichtig, dass sich dies nicht wiederholt.

diesem Jahr die Situation gegeben, dass ein gewähltes Mitglied der Fachforenkoordination Europa und Globales in seinen Aussagen die Vernichtung Israels impliziert hat. Dies geschah auf Instagram, wurde von Extinction Rebellion Deutschland gesehen und mit einem Like versehen. Das Fachforum Europa und Globales ist ausgerechnet das Fachforum, das gerade die Aufgabe hat, die Beschlusslage bezüglich unserer außenpolitischen Vorstellungen vorzubereiten und weiterzuentwickeln. In diesem Prozess sollte sich also die geballte Expertise unseres Verbands hierzu vereinigen. Insofern besteht die Gefahr einer falschen Außenwahrnehmung bereits - wir müssen das Problem dringend angehen. Der dadurch entstehende Eindruck lässt sich angesichts noch bestehender Delegationen in Bundesarbeitsgemeinschaften der Grünen auch nicht durch die vorgenommene Neuwahl der Fachforenkoordination beseitigen. Insbesondere stellt sich vorbehaltlich einer transparenten, lückenlosen Aufarbeitung des Sachverhalts die Frage, ob das benannte Mitglied trotz einer dem ganzen Verband unbemerkten Positionierung gewählt worden ist, oder ob des Umstands, dass eine solche Meinung weiter im Verband verbreitet ist, als uns lieb sein kann. Auch in dieser Hinsicht ist es hilfreich zu lernen, wie Antisemitismus sich äußern kann, was Israelfeindlichkeit konkret meint und, wie unsere Positionierung dazu ist. Diese Aufzählung zeigt nur einige der vielen Widersprüche punktuell auf: Wir brauchen eine rasche Aufarbeitung und Ausrichtung der eigenen Position!

P-1-110: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Johannes J. A. West

Antragstext

Von Zeile 109 bis 110 einfügen:

vertiefen. Die Zusammenarbeit mit den Landesvorständen bezüglich des Vertriebs der über:morgen soll verstetigt werden.

In den vergangenen Jahren hat es sich bewährt, unseren Mitgliedern zusätzlich zur Printversion der über:morgen eine kostenfreie, digitale Ausgabe in der Wolke zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Beteiligung an innerverbandlichen Debattenprozessen unabhängig von ihrer finanziellen Situation ermöglichen zu können. Dieses Angebot begründet sich bislang jedoch nur aus einer Übergangslösung aus dem Jahr 2019, die zunächst auf das Jahr 2020 ausgelegt war und in der Folge nie offiziell verlängert wurde. Darum wollen wir nicht nur dauerhaft am Angebot einer kostenfreien Digitalversion festhalten, sondern den Anspruch unserer Mitglieder auf diese auch zum nächstmöglichen Zeitpunkt formalisieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

P-1-186: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen René Adiyaman, Lena Cornelissen

Antragstext

Von Zeile 186 bis 187:

Auf dem kommenden ~~Länderrat~~Bundeskongress werden wir deshalb eine Kommission einrichten, die sich der Zukunft des Bundeskongresses und der Evaluierung und Entwicklung von

Von Zeile 191 bis 192 einfügen:

entwickeln. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf der Weiterentwicklung des Bundeskongresses liegen. In diesem Rahmen werden die Konzepte für das Awareness-Team, Sani-Team, sowie Technik und Logistik der vergangenen Bundeskongresse kritisch reflektiert und gegebenenfalls erweitert werden müssen. Auch ist dabei die Frage zu klären, ob bereits alle Möglichkeiten umfassender Barrierefreiheit des Verbandes ausgeschöpft sind, welche Maßnahmen hier bereits ergriffen wurden und werden und was gegebenenfalls hier noch weiterhin getan werden kann.
Weiterhin wird sich die Kommission mit der Umsetzung des Jugendschutzes auf Veranstaltungen der grünen Jugend und der damit einhergehenden Frage der Harmonisierung des Mitgliedsalters 0 und den rechtlichen Konsequenzen beschäftigen, die sich für Mitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und ihr Rahmenprogramm ergeben.

P-1-186-2: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Johannes J. A. West; Jan Snoor Andersen;
Hafida Seghaoui; Jenny-Mai Guse

Antragstext

Von Zeile 186 bis 187:

Auf dem kommenden ~~Länderrat~~Bundeskongress werden wir deshalb eine Kommission ~~einrichten~~wählen, die sich der Zukunft des Bundeskongresses und der Evaluierung und Entwicklung von

Begründung

Erfolgt mündlich.

P-1-192: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen

Antragstext

Von Zeile 191 bis 192 einfügen:

entwickeln. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf der Weiterentwicklung des Bundeskongresses liegen. Diese Kommission soll sobald möglich Zwischenstände mitgliederintern veröffentlichen und mit den Mitgliedern hierüber in einen Austausch gehen. Alle Mitglieder sollen so die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen, Meinungen und Ideen in die Konzeptentwicklung einfließen zu lassen. Wenn die Kommission ein Konzept entwickelt hat, soll dies auf dem nächsten Bundeskongress oder Länderrat diskutiert und auf dem nächsten Bundeskongress beschlossen werden.

Begründung

Jedes Mitglied sollte die Möglichkeit haben, an der Neugestaltung des Bundeskongresses mitzuarbeiten. Das Konzept soll soweit möglich partizipativ, also unter Mitbestimmung der Mitglieder, entstehen. Denn die Neugestaltung des Bundeskongresses kann auch die Mitgliedsrechte stark beeinflussen. Deshalb sollten so viele Mitglieder wie möglich dahinter stehen und das geht am besten, wenn sie ihre Erfahrungen und Ideen selber einbringen können. Es sollen so möglichst viele verschiedene Konzepte diskutiert werden.

Am Schluss sollte dieses Konzept in Antragsform gebracht und beschlossen werden. Das soll auch für ein klares Ziel sorgen, damit das Konzept am Ende auch umgesetzt werden kann und nicht "versandet". Ein solches Konzept kann sinnvollerweise vor der Beschließung mit den Mitgliedern nochmal diskutiert werden, z.B. im Rahmen eines Länderrats.

P-1-273: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen René Adiyaman, Lena Cornelissen

Antragstext

Von Zeile 272 bis 275 einfügen:

Neugestaltung des Bundeskongresses wollen wir insbesondere auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderung Rücksicht nehmen. Dabei setzen wir auf den regen Austausch mit behinderten, chronisch erkrankten, psychisch erkrankten und oder neurodivergenten Personen; insbesondere unter Einbeziehung der AG Behindertengruppe, den Delegierten für die BAG Behindertenpolitik und den entsprechenden Gremien der Landesverbände, sowie weiterer Ebenen, aber auch durch das Angebot autonom von den Mitgliedern gestalteter Vernetzungstreffen, die regelmäßig; vor allem vor größeren Veranstaltungen durchgeführt werden. Dabei setzen wir auf den regen Austausch mit Menschen mit Behinderung und chronischer Krankheit, beispielsweise im Rahmen von Vernetzungstreffen zu größeren Veranstaltungen.. In enger

Begründung

Es wäre super, wenn die Personen, die besser eingebunden sein und von Barrierefreiheit profitieren sollen, auch bei der Gestaltung der Barrierefreiheit eingebunden sind und ihre diesbezügliche Expertise zur optimalen Ausgestaltung genutzt wird. .

Inwiefern das bei den jeweiligen Geschäftsstellen und Vorständen gewährleistet ist, muss leider aktuell noch stark bezweifelt werden.

P-1-279: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen René Adiyaman, Lena Cornelissen

Antragstext

Von Zeile 278 bis 279 einfügen:

werden wir die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer mit Landesvorständen und Landesgeschäftsstellen über dieses Thema intensivieren. Darüber hinaus wird die aktuelle Repräsentation von behinderten, chronisch erkrankten, psychisch erkrankten und oder neurodivergenten Personen nach Selbstdefinition anonymisiert evaluiert, um ein gegebenenfalls bestehendes Defizit mit geeigneten Maßnahmen über die bloße Verringerung von Barrieren auf Veranstaltungen hinaus zu beheben.

Begründung

Barrierefreiheit sollte dazu führen, dass Mitgliedschaft in Gremien von Orts,- bis Bundesvorstand ebenso selbstverständlich gegeben ist, wie wir es insgesamt für die und von der Gesellschaft einfordern.

P-1-279-2: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen

Antragstext

Nach Zeile 279 einfügen:

Junge Menschen, Schüler*innen und Auszubildene

Viele in unserem Verband sind in ihren Zwanzigern, viele studieren. Unser Anspruch ist aber ein anderer. Wir wollen mehr jüngere Menschen, mehr Schüler*innen, mehr Auszubildene erreichen. Ein Schritt dafür ist die Stärkung von jüngeren Menschen im Verband. Ein erster Schritt ist mit den Vernetzungstreffen für Menschen unter 18 Jahren schon getan. Das im Juni angebotene Vernetzungstreffen für U18-Jährige hat einen relativ großen Anklang gefunden. Aus diesem Grund wollen wir dieses Konzept nun ausbauen und in regelmäßigen Abständen wieder anbieten. Dies wird vor allem im Rahmen der großen Kongresse stattfinden. Weitere Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Austausch sollen gefunden und ausprobiert werden, z.B. eine gemeinsame Chat-Gruppe. Außerdem wollen wir alle unsere Mitglieder, egal wie alt sie sind oder wie lange sie schon in der Grünen Jugend sind, ermutigen sich für Vorstandsämter oder als Delegierte etc. zu bewerben. Hier kann auch über Unterstützungsangebote für Mitglieder unter 20 und unter 18 Jahren nachgedacht werden.

Schüler*innen sind oft, aber eben nicht immer unter 18 Jahren. Auch Schüler*innen erreichen wir bislang zu wenig und sind vor allem in unserem Verband bisher nicht sichtbar genug. Hier wollen wir schauen, in welcher Form hier auch Vernetzung, beispielsweise in Form von Treffen bei größeren Veranstaltungen wie dem Bundeskongress, möglich und sinnvoll sein kann. Hier wollen wir unter Schüler*innen, auch Menschen verstehen, die eine Berufsschule, eine Abendschule oder Ähnliches besuchen oder eine schulische Ausbildung absolvieren. Ähnlichkeiten gibt es hier etwa durch Lehrpläne, Unterrichtskonzepte und Leistungsbewertung. Ein altersübergreifender Austausch kann hier für alle bereichernd sein.

Dennoch kann auch über separate Vernetzungstreffen für alle, die die Schule zwar beendet haben, aber nicht studieren, nachgedacht werden. Hierzu zählen etwa Menschen, die eine Ausbildung absolvieren, hauptsächlich arbeiten gehen oder beispielsweise

Praktika oder einen Freiwilligendienst machen.

Begründung

Junge Menschen, insbesondere Menschen unter 20 sind in unserem Verband bisher nicht sichtbar genug. Sie sind oft nicht in Vorständen gleich stark wie Menschen über 20 Jahren vertreten. Hier müssen wir gegensteuern, unsere jüngeren Mitglieder aktiv unterstützen. Ein wichtiger Punkt sind hier die Vernetzungstreffen, mit denen der Bundesvorstand schon begonnen hat. Außerdem hat der Bundesvorstand vor Kurzem eine Handreichung/ ein Konzept für Ortsgruppen veröffentlicht, wie wir über Altersunterschiede nachdenken im Verband, wie Jugendschutz gewährleistet werden kann und vor allem wie wir auch jüngere Menschen, Menschen unter 18 Jahren, besser ansprechen und willkommen heißen können. Einige Sätze in diesem Änderungsantrag sind aus der Handreichung übernommen worden (ab "Das im Juni angebotene" bis "stattfinden" ist ein wörtliches Zitat, die Idee der Chat-Gruppe stammt ebenfalls aus dieser Handreichung). Die Handreichung ist in der Grünen Wolke zu finden:

https://wolke.netzbegruendung.de/apps/files/?dir=/2_GR%C3%9CNE%20JUGEND/Mitgliedercloud/GJ_Infos%20f%C3%BCr%20Ortsgruppen&fileid=43042161

Es erscheint mir sinnvoll, dieses Konzept in unserem Arbeitsprogramm zu verankern. Zum einen, um es bekannter zu machen. Zum anderen, weil es etwas ist, dass wir planen und genau diese To Do-Liste ist ja unser Arbeitsprogramm.

Meinem Eindruck nach, sind jüngere Menschen bisher zu wenig in unseren Vorständen zu finden. Gezielte Unterstützungsangebote sind deshalb aus meiner Sicht hier nötig.

Desweiteren ist die Ansprache und Vernetzung von Schüler*innen in meinen Augen sehr wichtig. Ich bin selbst 19 Jahre alt, gehe aber noch ein Jahr zu Schule (13. Klasse). Viele Schüler*innen sind sehr wohl politisiert, haben Meinungen und Ansichten zu Politik. Zwar beschäftigen sich viele nicht regelmäßig damit und haben oft keine festgelegte Position bzw. Parteizugehörigkeit. Dennoch kritisieren viele Schüler*innen zu recht, von der Politik nicht ernst genommen zu werden. Gerade wir als Jugendverband sollten Schüler*innen hier abholen, ohne sie natürlich zu manipulieren. Wobei Schüler*innen natürlich in der Lage sind selber zu denken und sich nicht manipulieren zu lassen. Ich will hiermit nicht andeuten, dass Schüler*innen "unmündig" sind oder leicht zu manipulieren. Sondern klarstellen, dass Menschen, die noch nicht komplett bei ihren Positionen gefestigt sind, manchmal schnell das erste, was ihnen plausibel scheint/sie hören, unkritisch übernehmen. Als Grüne Jugend muss unser Anspruch sein, Menschen über Politik und politische

Verhältnisse aufzuklären und ihnen unsere Positionen klar zu machen, ohne dabei unsere Positionen als die einzig wahren darzustellen. (Ich will damit nicht sagen, dass wir das aktuell tun, sondern nur unseren Anspruch klarstellen.)

Meiner Meinung nach, wird es uns als Verband leichter fallen, weniger akademisiert zu sein, also von Menschen, die studieren, "dominiert" zu sein. Wenn wir schon Menschen zu Schulzeiten einbinden. Gerade natürlich auch, weil eben nicht alle Schüler*innen später studieren werden.

Der erweiterte Begriff von Schüler*innen erscheint mir sinnvoll, weil es Parallelen zwischen Berufsschulen, weiterführenden Schulen, Grundschulen oder schulischen Ausbildungen gibt. Z.B. die oft streng festgelegten Lehrpläne, die Leistungsbewertung durch Noten und Zeugnisse. Hier kann sich deshalb ein Erfahrungsaustausch, der dann logischerweise, Menschen unterschiedlichen Alters zusammenbringt, lohnen. Von solchen Vernetzungstreffen können wir auch inhaltlich profitieren und so unsere bildungspolitischen Positionen noch besser treffen. Außerdem können wir so schlagkräftiger sein, da mehr Menschen sich gerne innerhalb der Grünen Jugend engagieren.

Dieser Änderungsantrag ist nur ein Vorschlag, Kommentare und Änderungswünsche nehme ich gerne an.

P-1-294: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Johannes J. A. West; Jan Snoor Andersen;
Lukas Mielczarek; Joanna Weigand; Jenny-
Mai Guse

Antragstext

Von Zeile 293 bis 294 einfügen:

Schatzmeister*innen in Ortsgruppen durch methodische Schulungen und Wissenstransfer in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden.

Zugleich verstehen und berücksichtigen wir, dass nicht nur dem Bundesverband finanziell unsichere Zeiten bevorstehen. Die Inflation und steigende Energiepreise treffen insbesondere jene unserer Mitglieder, die auch zuvor schon von sozialer Schlechterstellung und Klassismus betroffen waren.

Darum werden wir 2023 unsere Bemühungen intensivieren, die Befreiung von Teilnahmebeiträgen niedrigschwelliger als bislang zu gestalten.

Außerdem streben wir an, Mitgliedern aus finanziell schwächeren Haushalten die Partizipation an potentiellen Bildungsreisen und ähnlichen Veranstaltungen des Bundesverbandes bevorzugt zu ermöglichen sowie im Allgemeinen den Abbau finanzieller und sozialer Hürden innerhalb des Verbandes voranzutreiben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

P-1-306: Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen FaFo Europa und Globales (Koordi Team)
(dort beschlossen am: 13.09.2022)

Antragstext

Von Zeile 305 bis 308:

Die Fachforen bieten interessierten Mitgliedern die Möglichkeit, sich vertieft mit verschiedenen Themenbereichen auseinanderzusetzen zu vernetzen und zu vernetzen weiterzubilden. Sie stellen hierbei einen fachpolitischen ~~Debattenraum~~ Debatten- und Bildungsraum im Verband dar, in dem Expert*innenwissen ausgetauscht und weitergegeben werden kann an Interessierte.

Von Zeile 311 bis 313 einfügen:

zu ermöglichen. Wir möchten weiter daran arbeiten, das dort vorhandene Wissen für gesamtverbandliche Debatten für politische Orientierung zu nutzen sowie die Kooperation unter Fachforen und dem Bundesvorstand zu stärken.

Ähnlich wie bei Landesverbänden kann auch hier eine klare Zuordnungen von Bundesvorstands-Mitgliedern zu einem Fachforen angestrebt werden. Einheitliche Strukturen und Arbeitsweisen zwischen den Fachforen können bei FaFo-Runden mit vielen verschiedenen FaFos geteilt und danach umgesetzt werden. Hier könnte auch die Bundesgeschäftsstelle mit eingebunden werden.